



IVSH-Bürokratiemonitor 2024: Bürokratie als Wachstumsbremse – „wir verwalten uns zu Tode“

Der Industrieverband Schneid- und Haushaltswaren (IVSH) präsentiert den Bürokratiemonitor 2024 und warnt eindringlich vor der zunehmenden Belastung durch Bürokratie für die Branche. „Wir verwalten uns zu Tode“, betont der IVSH-Vorsitzende Ralf Zimmermann und verweist auf die dramatisch gestiegenen Anforderungen der letzten Jahre. Über 70 % der IVSH-Mitglieder haben sich an der Erhebung beteiligt, die die Bürokratielast der gesamten Branche widerspiegelt.

Besonders betroffen sind kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die fast 90 % der Branche ausmachen. Während Großunternehmen über die Ressourcen verfügen den gestiegenen regulatorischen Anforderungen halbwegs zu begegnen, fehlen KMU oft die Kapazitäten. Der Bürokratiemonitor zeigt, dass die Bürokratiekosten bei KMU bis zu 3 % des Jahresumsatzes erreichen – eine alarmierende Zahl, die dringend benötigte Mittel für Innovationen und Wachstum bindet. Dies hat negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Verwaltungsaufwand blockiert Zukunftsinvestitionen

Der Monitor zeigt, dass sich 93 % der befragten Unternehmen durch Bürokratie in ihrem unternehmerischen Handeln eingeschränkt fühlen, 55 % sogar stark oder sehr stark. Die Bürokratiekosten steigen seit Jahren und nehmen wertvolle Ressourcen in Anspruch, die für die Entwicklung neuer Produkte und Technologien dringend benötigt werden. 92 % der Unternehmen bestätigen, dass die durch Bürokratie verursachten Kosten in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen haben, was die Wettbewerbsfähigkeit der Branche weiter gefährdet.



EU-Verordnungen belasten besonders

Neben den positiven Bemühungen der Bundesregierung Entlastungen zu realisieren, wie dem Vierten Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV), beklagen viele Unternehmen den zunehmenden Regulierungsdruck aus Brüssel, der eventuelle Entlastungen wieder „auffrisst“. Verordnungen wie die Produktsicherheitsverordnung (GPRS), die Entwaldungsverordnung (EUDR) oder die neuen EU-Verordnungen zu EcoDesign und Nachhaltigkeitsberichtspflichten tragen zu einer unübersichtlichen Flut an Berichtspflichten und enormen bürokratischen Belastungen bei. „Diese Verordnungen sind oft praxisfern, handwerklich mangelhaft und berücksichtigen die Realität des Mittelstands nicht – dies gefährdet zunehmend unseren Standort und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“, kritisiert Jan-Frederik Kremer, Geschäftsführer des IVSH. Besonders kleine Unternehmen sehen sich durch unrealistisch kurze Übergangsfristen, fehlende Leitfäden und Rahmenbedingungen und durch die enorme Komplexität der Vorschriften überfordert.

Lösungsansätze: Bürokratieabbau und Digitalisierung

Trotz der ernüchternden Ergebnisse des Bürokratiemonitors sieht der IVSH Chancen für Entlastungen und fordert schnelle Maßnahmen. Der Verband schlägt unter anderem die Einführung eines Bürokratie-TÜVs und eines KMU-Checks vor, der neue Gesetze und Verordnungen auf ihre Praxistauglichkeit prüft. Ein weiteres Anliegen ist die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Eine verbesserte digitale Infrastruktur könnte doppelte Meldepflichten reduzieren und Redundanzen abbauen.

Auch die EU-Verordnungen müssen praxisorientierter gestaltet werden, fordert der IVSH. Fristen und Übergangszeiten müssen realistischer geplant werden und Leitfäden und Standards vorliegen, um eine effiziente Umsetzung zu gewährleisten. Zudem sollten Behörden verstärkt als Partner agieren, die den Unternehmen bei der Umsetzung von Vorgaben helfen, statt als reine Kontrollinstanzen zu fungieren.



Presseinfo



Zeit zu handeln

„Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln und gegensteuern, insbesondere in Bezug auf Regelungen aus der EU, werden wir noch mehr Arbeitsplätze verlieren und die Innovationskraft der Branche möglicherweise irreparabel gefährden. Es droht auch in unserer Branche eine Deindustrialisierung“, warnt Ralf Zimmermann. Der IVSH appelliert an die Politik, die Vorschläge ernst zu nehmen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu stärken. Deutschland muss sich insbesondere in der EU für eine Reduktion der Regulierungen einsetzen, um die drohende Deindustrialisierung zu verhindern. Hierzu ist der IVSH in einem dauerhaften und konstruktiven Dialog mit MdB, MdEP und Ministerien.

Weiterführende Informationen: <https://ivsh.de/meldungen/ivsh-buerokratiemonitor-2024-buerokratie-als-wachstumsbremse-wir-verwalten-uns-zu-tode>

IVSH-Bürokratiemonitor 2024 zum Download:

https://ivsh.de/fileadmin/www.ivsh.de/dokumente/2024_IVSH-Buerokratiemonitor.pdf

Über den IVSH Der Industrieverband Schneid- und Haushaltswaren e.V. (IVSH) vertritt als bundesweite Interessenvertretung die Unternehmen der Schneid- und Haushaltswarenindustrie, die für zehntausende Arbeitsplätze und Milliardenumsätze in Deutschland stehen. Die Branche produziert alltägliche Produkte, die weltweit geschätzt werden und zu gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen.

Kontakt:

Industrieverband Schneid- und Haushaltswaren e.V.

Tel.: +4921222673-0

E-Mail: info@ivsh.de

Web: www.ivsh.de